

Flüchtlinge Tausende haben Geburtstag

Auf Landkreise und Städte kommen zum Jahreswechsel hohe Kosten für die Betreuung von Flüchtlingen zu. Tausende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden dann volljährig – und fallen damit aus der Jugendhilfe, die von den Bundesländern finanziert wird. Für weitere Betreuungskosten sind die Kommunen zuständig. Viele dieser Flüchtlinge, die 2015 über die Balkanroute und den Brenner ankamen, reisten ohne Papiere. Die Behörden



Junger Flüchtling in Ingolstadt

notierten bei der Einreise der Einfachheit halber den 1. 1. 1999 als Geburtstag. Auf dem Papier werden sie jetzt volljährig. In Bayern sind es 65 Prozent aller dort lebenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, auch in anderen Ländern ist der Anteil hoch. In Bayern fürchten Kommunen und Bezirke für 2017 Mehrausgaben von rund 60 Millionen Euro. *cnn*

CSU Neue Strafen gegen Cybermobbing

Die CSU verlangt neue Strafgesetze gegen Beleidigungen im Netz. „Wir fordern schärfere Strafen für Cybermobbing, beispielsweise indem eine gesetzliche Grundlage für besonders schwere Fälle vom Beleidigungen im Internet geschaffen wird“, heißt es in einem Papier zur Sicherheit im Netz. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag will es auf ihrer Klausurtagung Anfang Januar im bayeri-

schen Kloster Seeon verabschieden. Außerdem möchte die CSU soziale Netzwerke verpflichten, „Hassnachrichten“ und „strafbare Inhalte“ zu löschen. Im Kampf gegen Cybermobbing und Pädophiliennetzwerke im Internet müsse „die Fahndung durch verdeckte Ermittler im Netz drastisch intensiviert“ werden, heißt es weiter. Auch gegen die „Weiterverbreitung bewusst falscher Nachrichten“ will die CSU schärfere Strafvorschriften schaffen. Fake News seien „eine ernste Bedrohung“. *ama, ran*

RAF-Überfälle Schwere Folgen für Geldboten

Das flüchtige Trio ehemaliger RAF-Mitglieder hat bei seinen Raubüberfällen mehrfach traumatisierte Opfer hinterlassen. So konnten nach einem Raub im Juni 2015 zwei Mitarbeiter der Firma SVG 15 Monate lang nicht arbeiten. Laut Polizei hatten Burkhard Garweg, Daniela Klette und Ernst-Volker Staub den Geldtransporter vor einem Supermarkt bei Bremen mit einem Schnellfeuerwaffe beschossen. Da die Panzerung nicht für solche Kriegs-

waffen ausgelegt ist, drang eine Kugel in die Fahrerkabine ein und blieb in der Lehne stecken. Geldbote und Fahrer hätten Therapien machen müssen, sagt SVG-Chef Otto Wilhelms. Die Staatsanwaltschaft stuft die Tat als versuchten Mord ein. Nach einem anderen Überfall war ein Bote ebenfalls monatelang krankgeschrieben. *bhu*



Fahndungsfotos

„Islamischer Staat“ Überweisungen aus der Terrorhochburg

Die Europäische Union könnte mehr dafür tun, die Geldflüsse der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu stoppen – zu diesem Schluss kommen die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. Dies sei „aus technischer Sicht keine Schwierigkeit“, heißt es in dem Gutachten. In einer zweiten Expertise schreiben die Fachleute, dass es dafür auch eine rechtliche Grundlage gebe: Die Regierungen der EU-Staaten könnten beschließen, „dass Banken in vom IS besetzten Gebieten vom Zahlungsverkehr mit Banken au-

ßerhalb dieser Gebiete isoliert werden“. Es sei wichtig, „dass man die Geldflüsse der Terroristen stoppt“, hatte Kanzlerin Angela Merkel zwei Tage nach den Anschlägen von Paris im November 2015 gesagt; 130 Menschen waren gestorben, Hunderte verletzt worden. Doch bis heute ist der Filiale der Commercial Bank of Syria in Rakka, der Hochburg des IS, im internationalen Finanzkommunikationsnetz Swift als aktiv gemeldet. „Dass man angeblich Krieg gegen Terror führt, aber der IS Geld nach und durch Europa schicken kann, ist absurd“, kritisiert der Europaabgeordnete der Linken Fabio De Masi. *mbe*

Holocaust 175 191 Opfer in Deutschland

Es ist eine Zählung des Schreckens: Das Bundesarchiv ermittelt die Einzelschicksale der Juden, die in Deutschland lebten und dem Holocaust zum Opfer fielen. Bislang gingen Forscher von 160 000 Ermordeten aus, nun kommen sie auf eine neue Zahl – 175 191 Opfer. Die Archivare werten Angaben von Forschern, Angehörigen und Initiativen wie dem Projekt „Stolpersteine“ aus und recherchieren in Akten. Fast 90 Prozent der Getöteten star-

ben demnach in Vernichtungslagern im Osten. Andere verloren ihr Leben auf dem Gebiet des Deutschen Reichs: Sie verübten Selbstmord, kamen in Gefängnissen oder in einem KZ oder bei der „Euthanasie“ um, wie Nicolai M. Zimmermann vom Bundesarchiv berichtet. Die Datenbank erfasst alle Personen, die von den Nationalsozialisten als Juden angesehen wurden, sowie zum Judentum Konvertierte. Die Staatsangehörigkeit spielt keine Rolle, daher werden auch 10 000 polnische Opfer mitgezählt, die die Nazis 1938 aus dem „Dritten Reich“ nach Polen absoben und wäh-

rend des Krieges umbrachten. Juden hatten laut Zimmermann in Deutschland länger Gelegenheit, sich auf eine Emigration vorzubereiten, als in den überfallenen Ländern, deren jüdische Gemeinden daher vielfach höhere Verluste erlitten. In Griechenland überlebten nur 18 Prozent der jüdischen Bevölkerung, von den einst in Deutschland lebenden Juden waren es 73 Prozent, schreibt Zimmermann in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“. Insgesamt fielen dem Holocaust rund 6 Millionen Menschen zum Opfer, darunter mindestens 1,5 Millionen Kinder. *klw*

Auslandsvertretungen Verdächtige Insider

Nach dem Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat im afghanischen Masar-i-Scharif überprüft die Bundesregierung die Sicherheitsstandards der Auslandsvertretungen. Dabei geht es in den Botschaften und Konsulaten in Krisenregionen besonders um Ortskräfte, deren Hintergrund nicht immer eindeutig zu klären ist. Nach dem Angriff im November gab es Hinweise, dass die Täter, die den Taliban zugerechnet werden, über Insiderkenntnisse verfügt haben könnten. *aul*